



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus, Benno Zierer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Vermittlung von Alltagswissen stärken – Verbraucherschutzberatung für Flüchtlinge intensivieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Projekt zur Stärkung der Verbraucherschutzverbände in Bayern zu initiieren, welches auf eine verstärkte Verbraucherberatung für Flüchtlinge und Asylbewerber abzielt.

Begründung:

Die Vermittlung von Alltagsregeln und Verbraucherkompetenzen ist ein Kernstück der Integration von Flüchtlingen in Deutschland. Als erstes deutsches Bundesland hat Rheinland-Pfalz dazu ein Projekt der dortigen Verbraucherzentrale initiiert. Die Verbraucherschützer informieren über Wirtschaftssystem und Marktgeschehen und helfen somit Missverständnisse zu vermeiden, die oftmals zu hohen Forderungen gegen die Flüchtlinge führen. Darüber hinaus wird über ein landesweites Netzwerk versucht, mögliche Betrugsmaschen zu Lasten der Flüchtlinge frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen.

Auch in Bayern steigt der Bedarf an Verbraucherberatung durch die Flüchtlinge stetig. Die Themen sind in der Regel zwar nicht neu, wohl aber der Informationsbedarf. Darüber hinaus besteht oft noch eine Sprachbarriere. Mit der aktuellen personellen und sachlichen Ausstattung der Verbraucherverbände ist das nicht zu bewältigen. Ein bayerisches Projekt der Verbraucherberatung, welches sich in der Zielsetzung an dem Projekt in Rheinland-Pfalz orientiert, ist daher dringend geboten. Synergieeffekte mit ähnlichen Projekten in anderen Bundesländern sind dabei nicht nur möglich, sondern – wie immer im Verbraucherschutz – ausdrücklich erwünscht.